

**Stichwortzettel für die Festrede zum  
Landesdelegiertentag 2006 der Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
am 7. April 2006 in St. Ingbert**

(es gilt das gesprochene Wort )

Anrede,

der Einladung zum Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei bin ich gerne gefolgt und überbringe Ihnen die Grüße der saarländischen Landesregierung. Besondere Grüße darf ich von Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer übermitteln, der es leider nicht möglich ist, persönlich an Ihrer Veranstaltung teilzunehmen; ich bitte hierfür um Verständnis. Sie hat daher mich gebeten, heute zu Ihnen zu sprechen.

Zunächst möchte ich allen gestern gewählten Funktionsträgern der GdP gratulieren und Ihnen für die Erfüllung der vor Ihnen liegenden anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgaben viel Glück und Erfolg wünschen. Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen bisherigen Funktionsträgern für ihr Engagement in der zurückliegenden Zeit.

Mein Wunsch ist es, dass die aus meiner Sicht bislang gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, trotz gelegentlich unterschiedlicher Auffassungen in Sachfragen, ihre Fortsetzung erfährt. Der Streit um die besten und verträglichsten Lösungen bei der Bewältigung von Herausforderungen gehört dabei zur demokratischen Diskussionskultur.

Und wenn ich von verträglichen Lösungen spreche, betone ich dabei, dass wir in unserem gemeinsamen Bemühen, die Innere Sicherheit in unserem Land nachhaltig zu gewährleisten, nicht die Augen verschließen dürfen und können vor Rahmenbedingungen - wie zum Beispiel der andauernden Haushaltsnotlage des Saarlandes. Gleiches gilt für die demografischen Veränderungsprozesse, die prognostiziert sind.

Wir stehen zur Zeit vor umwälzenden Veränderungsprozessen.

Dabei betreffen die Veränderungen ausnahmslos alle Bereiche, ich nenne nur einige Schlagworte:

- Föderalismusreform
- Dienstrechtsreform mit Neustrukturierung des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts
- Verwaltungsmodernisierung und Anpassung der öffentlichen Verwaltung an die demografische Entwicklung
- Deregulierung und Privatisierung
- Globalisierung
- Standardabbau und Rückführung der Staatsquote
- eGovernment
- Funktionalreform, Stichwort: Hesse-Gutachten

- Haushaltsnotlage bei Bund, Ländern und Kommunen und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Diese Aufzählung ließe sich gewiss noch fortführen, aber keine Sorge, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde nicht auf alle genannten Bereiche eingehen.

Erlauben Sie mir aber doch einige kurze Anmerkungen zu zwei tagespolitisch aktuellen Themen.

#### 1. Anmerkung:

Landauf landab wird über die Föderalismusreform diskutiert.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vereinbart worden. Im Mai werden sich Bundestag und Bundesrat in gemeinsamen Anhörungen mit den entsprechenden Gesetzen zur Änderung unseres Grundgesetzes und dem Föderalismusreformbegleitgesetz befassen. Ich hoffe, es werden weise Entscheidungen getroffen.

Nun kann man ja durchaus über das ein oder andere Detail diskutieren, z.B. über die Sinnhaftigkeit der „Zersplitterung“ weiter Teile des Beamtenrechts (Vgl. auch BVerfGE 1974).

Aber insgesamt, davon bin ich fest überzeugt, insgesamt werden mit dieser Föderalismusreform die Gestaltungsmöglichkeiten von Bund und Ländern gestärkt.

Und ich möchte nicht in den Chor derer einstimmen, die von einem gefährlichen Wettbewerbsföderalismus sprechen und geradezu den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören.

Ich möchte vielmehr dafür werben, diese Veränderungen als Chance zu begreifen, als Chance vor allem für unser innovatives Land mit seinen kurzen Wegen.

Wichtig ist vor allem, dass durch diese Reform die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher als bisher zugeordnet werden können.

Blockademöglichkeiten, z.B. aus parteitaktischen Gründen, werden abgebaut durch eine Neuausrichtung der Zustimmungspflichtigkeit von Bundesgesetzen im Bundesrat.

Das schwerfällige Instrument der Mischfinanzierung wird reduziert und die Europatauglichkeit des Grundgesetzes verbessert, vor allem durch die Abschaffung der Rahmengesetzgebung.

Damit wird in einem revitalisierten und kraftvollen Föderalismus die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern nachhaltig verbessert.

Große Erwartungen setze ich persönlich auch in den vereinbarten zweiten Schritt, der noch in diesem Frühjahr folgen soll und der gerade für unser Saarland von elementarer Bedeutung ist: Die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

## 2. Anmerkung:

Die Streiks in Teilbereichen des öffentlichen Dienstes machen uns große Sorgen (Entwicklung UNI-Klinik).

Ich bin davon überzeugt, dass eine Lösung auf dem Verhandlungswege erzielt werden kann. Dabei darf keine Seite die andere überfordern.

Dazu ist es aber erforderlich, dass die Realitäten, insbesondere die Situation der öffentlichen Haushalte, zur Kenntnis genommen werden.

Der Saarländische Haushalt hat ein Gesamtvolumen von rund 3,3 Mrd. Euro. Davon müssen 1,6 Mrd. Euro für Löhne , Gehälter, Besoldung und Versorgung aufgewandt werden.

Vor dem Hintergrund der schmerzhaften Eingriffe der letzten Jahre bei unseren Beamten, z.B. bei der Beihilfe, bei Arbeitszeit und Weihnachtsgeld kann ich den Unmut durchaus nachvollziehen.

Aber was wäre denn die Alternative ?

Sicherlich wäre es viel einfacher und bequemer, den Status quo einfach beizubehalten. Würden wir die finanziellen Rahmenbedingungen und absehbare Veränderungen, wie z.B. den prognostizierten demografischen Wandel ignorieren, so hieße das aber, unserer Verantwortung für die nachkommenden Generationen nicht getreut zu werden.

Es wäre unverantwortlich, weiterhin uneingeschränkt neue Schulden zu machen und die sich potenzierenden Belastungen auf die nachfolgenden Generationen zu verschieben.

Um der nachfolgenden Generation, auch Ihren Kindern , gute Zukunftschancen bieten zu können, sehen wir uns in der Pflicht, bereits heute mit vereinter Kraft zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Trotz alledem bin ich fest davon überzeugt, dass Sie eine gute Zukunft im öffentlichen Dienst haben werden. Sie haben es aber auch selbst in der Hand, diese Zukunft mit zu gestalten.

Anrede,

wir stehen im Saarland auch im Bereich der Inneren Sicherheit vor großen Herausforderungen. Insoweit hätte zum jetzigen Zeitpunkt das Motto des Landesdelegiertentages der GdP „Wandel gestalten – Sicherheit erhalten“ nicht treffender gewählt werden können. Das Motto lässt natürlich – je nach Blickwinkel - Interpretationsspielräume zu. Nach meinem Dafürhalten bildet sich jedoch ein Kern heraus, der unter allen Blickwinkeln gleich sein sollte: Es geht um die Zukunft der Polizei und dabei vor allem, unter welchen personellen und organisatorischen

Bedingungen sie zukünftig ihre Sicherheitsarbeit verrichtet. Dies schließt die Perspektiven der in der Polizei arbeitenden Menschen mit ein. Es geht aber auch um die Zukunft unseres Landes insgesamt.

Ich bin mir sicher, dass die GdP sich aktiv in den Gestaltungsprozess einbringen wird und biete dem neuen Vorstand - auch im Namen von Frau Ministerin – weiterhin unsere Zusammenarbeit und Gesprächsbereitschaft an.

Anrede,

ich nutze gerne an dieser Stelle auch die Gelegenheit, allen Beschäftigten in der Vollzugspolizei des Saarlandes für ihre engagierte, motivierte und erfolgreiche Arbeit zu danken. Beleg dafür ist letztlich, dass das Saarland nach wie vor zu den sichersten Ländern gehört. Ich erlaube mir aber auch nochmals in Erinnerung zu rufen, weil das bei vielen Diskussionen in der heutigen Zeit oft in Vergessenheit gerät, dass die saarländische Landesregierung u.a. durch deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen (Personalabbau der Vorgängerregierung wurde gestoppt), durch deutlich mehr Beförderungen, durch verstärkte Investitionen in die Aus- und Fortbildung, die Ausstattung und die Unterbringung sowie durch die Fortschreibung der Organisation im Jahr 2001 und die Weiterentwicklung der rechtlichen Instrumente im Polizeigesetz wichtige Voraussetzungen hierfür geschaffen hat.

Auf dieser Grundlage werden wir weiterarbeiten. Wir werden allerdings nicht umhin kommen, den veränderten gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen zu müssen. Dem Motto des Landesdelegiertentages gerecht werdend, werde ich auf einige wesentliche Bereiche noch zurückkommen.

Trotz der zu meisternden und zugegebener Maßen auch schwierigen Herausforderungen gilt auch weiterhin: Die saarländische Polizei wird sich auf die Rückendeckung durch die saarländische Landesregierung verlassen können.

### **(Demografischer Wandel)**

Anrede,

die Zukunft ist ( manche sagen: gottlob ) nicht vorhersehbar. Sie ist aber geprägt und beeinflusst von den Entwicklungen und Geschehnissen der Vergangenheit und der Gegenwart.

Die Zukunft Deutschlands im Allgemeinen und des Saarlandes im Besonderen ist durch die Entwicklungen der vergangenen dreißig Jahre beeinflusst. Es wurden sehr viel weniger Kinder zur Welt gebracht, ausgebildet und erzogen als in den Jahrzehnten davor. Gleichzeitig stieg und steigt die Lebenserwartung immer weiter. Geringe Geburtenraten und höhere Lebenserwartung führen zu einer Umkehr der klassischen Alterspyramide.

In Zahlen gesprochen:

Die Bevölkerungsentwicklung im Saarland ist seit der 2. Hälfte der 90ziger Jahre von rückläufigen Zahlen geprägt. Lebten 1995 noch rund 1,084 Millionen Menschen im Saarland, so nahm die Bevölkerung bis Ende 2002 auf 1 Million 62 Tausend ab. Aktuell sind wir bei ca. 1 Million 50 Tausend angelangt. Nach den Prognosen des

Statistischen Landesamtes wird die Bevölkerung bis 2030 auf 925 Tausend und bis 2050 auf 806 Tausend zurückgehen.

Der Rückgang der Bevölkerungszahlen wird von dem Umstand begleitet, dass die saarländische Bevölkerung immer älter wird. Die Zahl der unter 18-Jährigen wird sich bis 2030 um fast ein Drittel verringern. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht bis dahin von heute etwa 18% auf 14 % zurück. Dem steht ein Anstieg der Personen im Alter von 65 und älter um fast ein Drittel gegenüber. Damit steigt der Anteil dieser Altersgruppe ausgehend von derzeit ca. 20 % auf einen Wert von ca. 30 % im Jahr 2030. Dies bedeutet auch, die Menschen im erwerbstätigen Alter werden immer weniger.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich den damit verbundenen vielfältigen Konsequenzen stellen. Das Saarland steht, insbesondere vor dem Hintergrund seiner bekannten Haushaltsnotlage, vor einer besonderen Herausforderung. Deshalb müssen wir in der Gegenwart die erforderlichen Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen.

### **(Interministerielle Arbeitsgruppe Demografischer Wandel)**

Anrede,

Ministerpräsident Peter Müller nannte in seiner Regierungserklärung zu Beginn der 13. Legislaturperiode die Vorbereitung unseres Landes auf die sich abzeichnende demografische Entwicklung als einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der saarländischen Landesregierung - neben der Generierung wirtschaftlichen Wachstums in Zeiten der Globalisierung und der Transformation der Industrie- in die Wissensgesellschaft sowie der Bewältigung der Haushaltsnotlage nach dem Auslaufen der Teilentschuldung.

Er hat dazu – unter Federführung der Staatskanzlei - eine interministerielle Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ eingerichtet, die bereits im Mai des vergangenen Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Ihre Hauptaufgabe ist es, den Handlungsbedarf möglichst genau zu erheben, der sich aus der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung ergibt, und dazu Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Darüber hinaus hat sich im Januar 2006 der Landtag des Saarlandes mit seinem Beschluss zur Einsetzung einer Enquête-Kommission dem Thema angenommen und nicht zuletzt damit auch die Bedeutung dieser wichtigen politischen Gestaltungsaufgabe herausgestellt.

Zentrale Themen werden die Nachfrage nach seniorenbezogenen Infrastrukturen und Dienstleistungen, Veränderungen im Infrastrukturbedarf, Fragen des Flächenverbrauchs, der Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern und der Erhaltung der Kulturlandschaft sein. Die Struktur der sozialen Sicherungssysteme ist

der demografischen Entwicklung anzupassen, denn das Erwerbstätigenpotenzial wird sich wesentlich verändern.

### **(Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Polizei)**

Anrede,

die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung lässt - zusammen mit zahlreichen anderen Einflussfaktoren - auch mittelbare und unmittelbare Wirkungen auf die Innere Sicherheit und damit auch auf die Vollzugspolizei erwarten. Deshalb haben wir für die Arbeit der bereits erwähnten interministeriellen Arbeitsgruppe das wichtige Handlungsfeld „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Aufgaben, die Organisation und das Personal der Vollzugspolizei des Saarlandes“ eingebracht.

Einerseits müssen künftige Infrastrukturentscheidungen des Landes oder der Kommunen im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung auch dahingehend begleitet werden, ob und inwieweit hierdurch Handlungsbedarf zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit entsteht. Parallel dazu ist es andererseits erforderlich, die saarländische Vollzugspolizei in den Bereichen Aufgabenerfüllung, Organisation und Personal auf die Folgen des demografischen Wandels vorzubereiten und damit „Fit für die Zukunft“ zu machen.

Viele Fragen, die den Zusammenhang von demografischem Wandel und Innerer Sicherheit betreffen, sind noch längst nicht ausreichend beantwortet.

Immer deutlicher wird, dass alle polizeilichen Aufgabenbereiche (Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrsgeschehen, Einsatzgeschehen) betroffen sein werden, so dass eine intensive Diskussion dieses Themas dringend geboten ist.

Wir haben bereits exemplarisch die folgenden Untersuchungsfragen erhoben, die in naher Zukunft beantwortet werden müssen:

1.

Welche besonderen Anforderungen ergeben sich für die Innere Sicherheit aus der steigenden Zahl älterer Menschen?

Wird in einer älter werdenden Gesellschaft die Angst vor Kriminalität und generell das Unsicherheitsgefühl stärker ausgeprägt sein? Muss die Polizei mehr für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung tun?

2.

Wie wird sich die Kriminalität im Rahmen des demografischen Wandels entwickeln? Welche Auswirkungen hat die demografische Entwicklung auf die Jugenddelinquenz?

3.

Wird es andere oder neue Einsatz-/bzw. Kriminalitätsschwerpunkte und –brennpunkte geben? Welche quantitativen und qualitativen Anforderungen sind an die zukünftige Sachbearbeitung zu stellen?

4.

Ist parallel zum Rückgang der Bevölkerungszahl auch ein Rückgang der Straftaten und Verkehrsunfälle zu erwarten? Wie werden sich die polizeilich zu begleitenden Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen, Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen) quantitativ und qualitativ entwickeln?

5.

Inwieweit muss die Polizei ihre zielgruppenorientierte Präventionsarbeit verändern?

6.

Muss die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben insbesondere auf kommunaler Ebene neu organisiert werden?

7.

Wie viel Personal brauchen wir zukünftig in der Polizei zur nachhaltigen Aufgabenerfüllung? Welche Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln ist notwendig?

Und schließlich:

8.

Wie kann in Zukunft in einem veränderten Arbeitsmarkt qualifiziertes Personal gewonnen werden? Welche Qualifizierung brauchen Polizeivollzugsbeamtinnen und – beamte (Aus- und Fortbildung)?

Auch wenn es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Zukunft vorher zu sagen, sondern die Gegenwart zukunfts-fähig zu gestalten, so werden wir doch bemüht sein, belastbare Antworten auf all diese oder noch weitere Fragen zu finden. Die Antworten werden wir zusammen mit der Polizei, aber auch mit den Personal- und Berufsvertretungen – darunter auch die Gewerkschaft der Polizei – formulieren müssen.

### **(Weiterentwicklung der Polizeiorganisation)**

Anrede,

wir haben in den unterschiedlichsten Bereichen bereits zukunftsweisende Weichenstellungen vorgenommen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der im Jahr 2001 geschaffenen Polizeiorganisation. Denn - Polizeiorganisationen müssen sich flexibel neuen Anforderungen und wechselnden Aufgabenschwerpunkten sowie sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielhaft an die Entwicklung des Dezernates Staatschutz im LKA hin zu einer eigenen Abteilung mit der entsprechenden personellen Verstärkung zum 1. Januar 2006. Eine Maßnahme, die - nicht zuletzt nach den Anschlägen von New York, Madrid und London - auch der Entwicklung im Bereich des internationalen Terrorismus geschuldet war.

Darüber hinaus haben wir uns generell zur Aufgabe gemacht, die Aufbauorganisation der Polizei mit dem Ziel weiter zu entwickeln, die sichtbare Präsenz zu erhöhen, interne Abläufe zu optimieren und die Qualität der Arbeit zu verbessern.

### **(AG Polizei 2000plus – neu - )**

Anrede,

wie Sie wissen, wurde der Direktor der Landespolizeidirektion Paul Haben im Juli 2005 mit der Evaluierung der derzeitigen Aufbau- und Ablauforganisation der Vollzugspolizei des Saarlandes beauftragt. Ziel der Evaluierung ist es, optimierungsbedürftige Handlungsfelder der derzeitigen Organisation aufzuzeigen.

In einem weiteren Schritt und in einer noch zu bestimmenden Arbeitsorganisation unter Führung der Polizeiabteilung sollen dann unter Berücksichtigung der von mir erwähnten Prognosen Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden.

Der Abschlussbericht wird uns in Kürze vorgelegt, so dass ich an dieser Stelle nicht voreilig über Ergebnisse und Konsequenzen spekulieren möchte.

Ich bin allerdings darüber informiert, dass sich die AG ihre Arbeit nicht leicht gemacht hat. Getragen von dem Selbstverständnis, die bereits gute und erfolgreiche Arbeit von Landespolizeidirektion und Landeskriminalamt weiter zu optimieren, hat es auch konstruktiv-kritische Diskussionen und Erörterungen um Sachfragen gegeben, zum Beispiel auch über die Organisation und Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung. Der kritische, offene Dialog ist dabei ausdrücklich zu begrüßen. Auch wenn es am Ende innerhalb der AG in einigen Punkten bei unterschiedlichen Auffassungen bleibt, werden dies die Knackpunkte sein, die wir in der Polizeiabteilung einer detaillierten Prüfung unterziehen und einer Lösung zuführen werden.

### **(Ausstattung / Technik)**

Anrede,

der Erfolg polizeilicher Arbeit hängt in zunehmendem Maß von der technischen Ausstattung und dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationssysteme ab. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass sich unsere Polizeibeamten und Polizeibeamten zunehmend gewalttätigen Rechtsbrechern gegenüber sehen, die rücksichtslos – wie gerade erst wieder in Berlin geschehen – von der Schusswaffe Gebrauch machen oder auf sonstige Art und Weise unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angreifen und sich polizeilichen Maßnahmen mit Gewalt widersetzen.

Uns ist bewusst, dass durch Ausstattung allein kein hundertprozentiger Schutz erreichbar ist. Dennoch werden wir auch weiterhin zur Verbesserung der Eigensicherung unserer Polizeibediensteten einen wesentlichen Schwerpunkt in die Optimierung ihrer Schutzausstattung legen.

Aufgrund der bekannten Probleme mit den vorhandenen, in einem Pool vorgehaltenen Schutzwesten haben wir veranlasst, dass diese ausgetauscht werden. Darüber hinaus wurde die zuständige Fachdienststelle der Landespolizeidirektion beauftragt, eine neue Schutzwestenkonzeption zu erarbeiten. Wir wollen so letztlich alle operativ arbeitenden Beamtinnen und Beamten persönlich mit Schutzwesten ausstatten. Die regelmäßige Erneuerung der Schutzausstattung unserer Spezialeinheiten bleibt davon natürlich unberührt.

Anrede,

zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit und zum effizienten Einsatz unserer Ressourcen müssen wir künftig noch mehr als bisher mit vielen Partnern innerhalb und außerhalb der BOS kooperieren.

Im letzten Jahr sind wir mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz eine Kooperation auf dem Gebiet der polizeilichen Datenverarbeitung eingegangen. Dieser Entscheidung ging eine intensive polizeiinterne Prüfung möglicher Kooperationsoptionen – geprüft wurde auch eine Zusammenarbeit mit Hessen – voraus. Letztendlich zielte das Votum der Polizei auf eine Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz.

In diesem Zusammenhang will ich betonen, dass DIPOL kein „Flop“ ist, wie es teilweise nach der Entscheidung kolportiert wurde. Aber der Umfang der aus der Kooperation mit Rheinland-Pfalz zu ziehenden Nutzeffekte geht weit über den Bereich hinaus, den DIPOL als Vorgangsbearbeitungssystem abdecken kann.

Neben der Vorgangsbearbeitungssoftware kann die saarländische Vollzugspolizei auch die Software für den INPOL-Land-Anschluss an das INPOL-Bundessystem, Führungs- und Auswertesysteme zur Beobachtung der Straftaten- und Verkehrsunfallentwicklung, ein den aktuellen bundeseinheitlichen Vorgaben entsprechendes System zur Erstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik und weitere Module künftig nutzen. Wesentlich aber ist, dass wir künftig gemeinsam mit unserem Kooperationspartner die Systeme pflegen und fortentwickeln werden.

Zeitlich gesehen wird sich die Einführung der rheinland-pfälzischen Verfahren bei der saarländischen Polizei in mehreren Stufen vollziehen. Mit dem INPOL-Land-System wurde bereits die erste Kooperationskomponente in Betrieb genommen.

Die Einführung der weiteren Module von SAVIS – wie die saarländische Variante zwischenzeitlich genannt wird – wird im Jahr 2006 vorbereitet. Wegen der im ersten Halbjahr 2006 anstehenden polizeilichen Großereignisse (Katholikentag in Saarbrücken, Fußballweltmeisterschaft 2006) werden sie jedoch erst mit Beginn des Jahres 2007 umgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass zur Jahresmitte 2007 alle über die Kooperation zu nutzenden Verfahren bei der saarländischen Polizei im Einsatz sind. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bis dahin entsprechend geschult.

Anrede,

seit dem 17. Dezember 2004 können alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei auf das neue Intranet Angebot „Polizei plus“ zugreifen und die Inhalte lesen, kopieren, ausdrucken oder Dateien herunterladen.

Damit werden Informationen innerhalb der Polizei in neuer Form und auf neuen Wegen angeboten und verteilt. Unterschiedlichste Informationen aus vielen Bereichen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung – bundesweit auch über Extrapol - stehen damit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Arbeitsplatz-PC zur Verfügung. Wir werden diese moderne Informationsplattform bedarfsorientiert weiterentwickeln.

### **( Digi-Funk )**

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt ist die Einführungen eines digitalen Funksystems für die Polizei und sonstigen Behörden mit Sicherheitsaufgaben im Saarland.

Nach der aktuellen Projektplanung werden Mitte des Jahres die Vergabeentscheidungen auf Bundesebene getroffen werden können.

Wir haben uns dafür entschieden, zu den ersten Ländern zu gehören, die diese moderne Technologie einführen.

Für das Saarland bedeutet dies konkret, dass wir im 1. Halbjahr 2007 mit dem Netzaufbau beginnen und zügig flächendeckend abschließen werden. Die Planungen für die Ausstattung der Nutzer mit Endgeräten und den Ablauf des Wechsels vom Analog- auf Digitalfunk werden aktuell in einer Landesprojektgruppe erarbeitet.

Für Aufbau und Betrieb hat der Landtag des Saarlandes im Haushalt des Innenministeriums 51 Millionen Euro bereitgestellt.

### **(Leitstelle)**

Anrede,

zu einer modernen und effektiven Polizeiarbeit im Saarland gehört zukünftig auch die von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Errichtung einer Leitstelle für die Vollzugspolizei, die mittels eines zentralen Flottenmanagements die Einsatzzeiten, Einsatzabläufe und Präsenz der Polizei verbessern soll und nach derzeitigem Planungsstand im Jahr 2008 ihren Betrieb aufnehmen wird. Wir investieren rund 6,1 Millionen € für den Bau sowie die Erstausrüstung und werden weiterhin rund 3,4 Millionen € für polizeispezifische Technik aufbringen.

Anrede,

Wir haben in den letzten Jahren die Unterbringungssituation der Polizei deutlich verbessert; auch das ist Investition in die Zukunft. Ich erinnere nur an den Neubau für die PI Saarbrücken-Burbach, die Unterbringung der KPI oder des LKA.

Neben den Investitionen für die „Leitstelle“ wurden im Jahr 2005 rund 800.000 € für bauliche Maßnahmen in Polizeidienstgebäuden aufgewandt.

In 2006 ist der II. Bauabschnitt für die KPI mit einem Kostenaufwand von rund 1,4 Mio. € , die Übernahme und Sanierung des Gebäudes Hellwigstraße 8 – 10 sowie der Baubeginn für den Zentralen Polizeigewahrsam im Polizeireal Mainzer Straße vorgesehen.

### **(Umwandlung der PFA zur Deutschen Hochschule der Polizei)**

Anrede,

auch im Aus- und Fortbildungsbereich wird es einen Wandel geben:

Das Saarland hat mit allen anderen Ländern und dem Bund die erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen, um die Polizei-Führungsakademie in Münster in die Deutsche Hochschule der Polizei umzuwandeln. Frau Ministerin hat bereits im vergangenen Jahr das dazu erforderliche Bund-Länder-Abkommen unterzeichnet. Der Landtag des Saarlandes hat im Februar 2006 dem entsprechenden Gesetz einvernehmlich zugestimmt. Die Deutsche Hochschule der Polizei befindet sich in der Gründungsphase und wird voraussichtlich ab Oktober 2007 mit dem ersten Studiengang beginnen. Zurzeit findet ein Probelauf statt, an dem auch zukünftige saarländische Führungskräfte des höheren Polizeivollzugsdienstes teilnehmen.

Der Bedarf zur Weiterentwicklung der PFA ergab sich vor allem aus den komplexer gewordenen Anforderungen an polizeiliche Führungskräfte, der Internationalisierung der Aufgabenwahrnehmung und der Erforderlichkeit, Anschluss an internationale Entwicklungen in der Polizeiausbildung zu halten. Letztlich wird die neue Deutsche Hochschule der Polizei mit ihrem Masterstudiengang auch den Forderungen aus der sogenannten Bologna-Erklärung im Jahr 1999 der Bildungsminister von 29 europäischen Ländern gerecht, deren Ziel u.a. die Schaffung eines europaweit wettbewerbsfähigen Hochschulraumes durch einheitlich gestufte Studiengänge – Bachelor und Master – ist.

Wir prüfen zurzeit die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die Polizeiausbildung an unserer Fachhochschule im Saarland. In diesem Zusammenhang hat die Fachhochschule eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Einführung eines Bachelorstudiums zu prüfen. Die AG untersucht die Bedingungen und Möglichkeiten zur Umwandlung des heutigen Studienganges mit dem Abschluss „Diplomverwaltungswirt“ in ein neues Studium Bachelor mit entsprechender Graduierung.

### **(Personalentwicklung)**

Anrede

angesichts des bevorstehenden Wandels ist die Personalentwicklung ein wesentliches Handlungsfeld der Zukunft.

Nicht zuletzt wegen den rigorosen Personaleinsparungen in den 90er Jahren ist heute zu konstatieren, dass wir in der saarländischen Polizei eine ungünstige Personal- und Altersstruktur haben.

Bereits heute sind mehr als die Hälfte der saarländischen Polizeivollzugsbeamten 46 Jahre und älter, knapp 30% sind 51 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter aller

saarländischer PVB - einschließlich der Anwärterinnen und Anwärter - beträgt zurzeit 42,5 Jahre. Ab dem Jahr 2009 wird die Anzahl der regulär in den Ruhestand zu versetzenden Polizeibeamten stark ansteigen.

Parallel dazu ist die Anzahl eingeschränkt verwendungsfähiger Polizeivollzugsbeamter in den letzten Jahren gestiegen und liegt auf einem relativ hohen Niveau. Da zwischen dem Gesamtdurchschnittsalter und der Anzahl eingeschränkt Verwendungsfähiger Zusammenhänge erkennbar sind, wird in den nächsten Jahren der Bedarf an Möglichkeiten zur angemessenen und zumutbaren Verwendung lebensälterer und/oder eingeschränkt verwendungsfähiger PVB ebenfalls steigen.

Diese Entwicklung betrifft alle Organisationseinheiten in der Vollzugspolizei, insbesondere jedoch den Wach- und Wechseldienst wegen den damit grundsätzlich verbundenen Wirkungen auf die Gesundheit. In diesem Zusammenhang hat das saarländische Innenministerium die Initiative der Gewerkschaft der Polizei begrüßt, zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin das Forschungsprojekt „Lebensbiographie von Polizeibeamtinnen und –beamten“ durchzuführen, mit dem die Berufsbelastungen von Polizeibeamten sowie die Auswirkungen auf die Gesundheitsentwicklung und Lebenserwartung dieser Berufsgruppe untersucht werden.

Wir werden dieses Projekt gerne unterstützen.

Durch die vorgenommenen verstärkten Einstellungen und Übernahmen in die Polizei versuchen wir der Gesamtsituation entgegen zu wirken.

Dies alles wird allerdings nicht ausreichen.

Zurzeit sind wir deshalb auch damit befasst, den Gesundheits- und Präventionssport zu systematisieren und flächendeckend in der Polizei einzuführen. Wir haben dazu bereits Übungsleiter ausbilden lassen. Ich sehe dies als wichtige flankierende Maßnahme, die mithelfen soll, die Dienstfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen.

Anrede,

die Arbeitsgruppe zur Optimierung des Personaleinsatzes der Polizeibezirke der Landespolizeidirektion hat weitere richtungsweisende Vorschläge erarbeitet. Neben der Einführung bedarfsorientierter flexibler oder teilflexibler Dienstzeitmodelle schlug sie unter anderem vor, sogenannte Querschnittsaufgaben aus Kriminaldienst und Dienstgruppen auf eingeschränkt verwendungsfähige und/oder lebensältere PVB zu übertragen. Beispiele für Querschnittsaufgaben sind Anzeigenaufnahme, Bearbeitung einfach gelagerter Strafsachen, Vernehmungen, Unfallfluchtermittlungen, Halter- und Fahrerermittlungen, Opferbetreuung u.s.w.. Durch dieses arbeitsteilige Vorgehen, das bereits bei vielen Dienststellen praktiziert wird, soll den Verwendungsmöglichkeiten lebensälterer oder eingeschränkt verwendungsfähiger Polizeivollzugsbeamter sinnvoll und angemessen Rechnung getragen werden.

Zwischenzeitlich wurden bei verschiedenen Polizeiinspektionen teil- bzw. vollflexible Dienstzeitmodelle erprobt und eingeführt. Allerdings ist diese Entwicklung noch lange nicht flächendeckend umgesetzt. Aus meiner Sicht muss dieser Weg konsequent weiterverfolgt werden.

Anrede,

wir werden mittelfristig eine Vielzahl hochqualifizierter Spezialisten in der Kriminalitätsbekämpfung und sonstigen spezialistisch arbeitenden Bereichen ersetzen müssen. Bereits im Frühsommer 2004 habe ich deshalb Landespolizeidirektion und Landeskriminalamt beauftragt, „bedarfsorientierte Konzepte für Personalveränderungen bei den Behörden für den Zeitraum 2005 bis 2010“ zu entwickeln. Zur Umsetzung stellen wir der Polizei in den Jahren 2005 bis 2008 jährlich zusätzlich 100.000 € für die Spezialistenfortbildung einschließlich der Ausbildung der Ratsanwärterinnen und Ratsanwärter zur Verfügung. Für den nachfolgenden Zeitraum wird eine analoge Regelung angestrebt.

Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, diese 100.000 € zusätzlich zum bisherigen Fortbildungsbudget der Polizei verfügbar zu machen, also nicht zu Lasten der allgemeinpolizeilichen Fortbildung.

### **(Renteneintritt)**

Anrede,

neben den bereits erwähnten Themen, bei denen wir den Wandel gestalten wollen, hat die Frage der Lebensarbeitszeit eine besondere Bedeutung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch wenn es momentan, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungünstigen Altersstruktur, keine konkreten Überlegungen der Landesregierung gibt, die Lebensarbeitszeit für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Saarland zu erhöhen, werden wir uns als eines der wenigen Länder, die entsprechende Maßnahmen noch nicht ergriffen haben, sorgfältig mit der Entscheidung auf Bundesebene im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2029 befassen müssen.

Wir werden angesichts der zum Ende des Jahrzehnts einsetzenden Welle der hohen Ruhestandsversetzungen eine offene Debatte über Zielgrößen des Personalbestandes und vor allem aber auch über die Qualität des Stellenplans der saarländischen Polizei führen.

### **(Maßnahmen der Landesregierung/Beförderungsbudget)**

Anrede,

ich habe heute schon oft auf die Haushaltsnotlage des Landes hingewiesen. Seit dem Jahr 2000 waren die Steuereinnahmen rückläufig. Gleichzeitig ist die Teilentschuldung ausgelaufen.

Sie wissen dass das Saarland, als Land, das auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen ist, gezwungen war, nochmals sein Recht beim Bundesverfassungsgericht zu suchen. Wir haben Klage eingereicht; der Ausgang ist ungewiß.

Wir haben seit unserem Regierungsantritt vielfältige Einsparmaßnahmen vornehmen müssen, die letztlich weite Teile der Landesverwaltung betroffen haben – ohne jedoch wichtige Investitionen in unserem Land zu vernachlässigen. Trotz der zugespitzten Finanzsituation im saarländischen Landeshaushalt ist die Polizei bisher allerdings weitestgehend von Sparmaßnahmen ausgenommen worden.

**Im Gegenteil:**

- Das Innenministerium hatte beispielsweise Einsparungen im Personalbereich in Höhe von 1.954.502 € zu verkraften, von denen die Polizei ganz verschont blieb.
- Seit dem Jahr 2000 wurden insgesamt 552 Anwärter eingestellt und 69 Polizeivollzugsbeamte aus anderen Bundesländern übernommen. Der Personalabbau wurde damit gestoppt und wieder Personal aufgebaut.
- In anderen Bundesländern mit vergleichbarer bzw. besserer Haushaltslage wurden
  - das Weihnachtsgeld komplett gestrichen (z.B. Niedersachsen)
  - die Wochenarbeitszeit auf über 40 Stunden erhöht (z.B. Bayern, NRW)
  - die Lebensarbeitszeit erhöht (z.B. Rheinland-Pfalz)
  - ein Jahr lang alle Beförderungen gestoppt (z.B. Rheinland-Pfalz)
  - ausgebildete Kommissaranwärter nicht mehr übernommen (z.B. Berlin).
- Auch in diesem Jahr werden im Saarland wieder 50 bis 60 Anwärter eingestellt. Dies sind wiederum mehr, als in den Ruhestand treten.
- Seit dem Jahr 2004 wurden 114 neue Stellen zur Übernahme der Anwärter geschaffen; Kosten ca. 4 Mio. €..
- Im Februar 2002 hat der Ministerrat die Einführung der zweigeteilten Laufbahn beschlossen.
- Am 24. März 2004 wurde die teilanalytische Dienstpostenbewertung in Kraft gesetzt.

**In allen Gesprächen hat das Ministerium aber stets verdeutlicht, dass die Umsetzung nur schrittweise und im Gesamtkontext der Finanzlage erfolgen könne. Trotz prekärer Haushaltssituation wurden seither Verbesserungen im Stellenplan mit einem Kostenfaktor von über 100.000 € erreicht, was zu 33 Hebungen von A 11 nach A 12 und zu 5 Hebungen von A 12 nach A 13 führte.**

Ich denke, das sind Fakten, die sprechen für sich und belegen die hohe Akzeptanz, die die Arbeit der saarländischen Polizei findet. Sie zeugen aber auch von dem hohen Vertrauen der politisch Verantwortlichen in unsere Polizei.

**(Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes)**

Anrede,

die Polizei darf und kann nur im Rahmen des zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumentariums handeln. Die saarländische Landesregierung hat in den letzten Jahren wichtige rechtspolitische Entscheidungen getroffen, um der Kriminalitätsentwicklung mit zum Teil neuen Kriminalitätsphänomenen mit Augenmaß

aber auch mit Entschlossenheit entgegen zu treten und damit auch den Opferschutz zu stärken. Ich erinnere an die Änderungen des Saarländischen Polizeigesetzes, wie zum Beispiel die Einführung des mehrtägigen Unterbindungsgewahrsams oder die Wiedereinführung des Schutzbereiches der Öffentlichen Ordnung.

Anrede,

die Sicherheitslage hat sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und vom 11. März 2004 in Madrid sowie vom 7. Juli 2005 in London nicht nur in Europa erheblich verändert. Die Bedrohungen des weltweit agierenden Terrorismus wie auch die Bekämpfung international organisierter Kriminalität stellen die Sicherheitsbehörden und damit auch den saarländischen Gesetzgeber vor neue Aufgaben.

Auch die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. März 2004 zur akustischen Wohnraumüberwachung (sog. Lauschangriff) und vom 27. Juli 2005 zum Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz für den Telekommunikationsbereich bedingen eine Anpassung des hiesigen Polizeirechts. Die saarländische Landesregierung beabsichtigt daher - nicht zuletzt auch den berechtigten Anliegen der Polizei Rechnung tragend -, das Saarländische Polizeigesetz unter anderem in folgenden Bereichen zu novellieren.

- Durchsuchungsbefugnis bei gezielten Kontrollen nach Artikel 99 Schengener Durchführungsübereinkommen - SDÜ –,
- Identitätsfeststellung unbekannter Toter,
- Entnahmen von Blutproben zu Untersuchungszwecken im Rahmen der Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben von Einsatzkräften (Stichwort AIDS),
- Videoüberwachung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit,
- Einsatz automatisierter Kennzeichenerkennungssysteme,
- Videoüberwachung in polizeilich genutzten Räumen,
- Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bei der akustischen Wohnraumüberwachung hinsichtlich des Verwertungsverbotes von Erkenntnissen aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung,
- Einsatz der präventiv-polizeilichen Telekommunikations-überwachung.

Der Gesetzentwurf befindet sich zurzeit in der regierungsinternen Anhörung.

### **(Schlussbemerkung)**

Anrede,

Ich komme zum Schluss:

„Wandel gestalten – Sicherheit erhalten“ ist das Motto Ihres Delegiertentages.

Der Wandel vollzieht sich in den unterschiedlichsten Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und erzeugt Wechselwirkungen. Davon betroffen sind auch die Polizei, ihre Arbeit, ihre Organisation, ihre Qualifizierung, ihre Ausstattung und vor allem die Menschen, die in der Polizei arbeiten.

Uns ist bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigste Ressource des öffentlichen Dienstes sind. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen, die Zufriedenheit unserer Bediensteten – trotz widriger Rahmenbedingungen - auf einem hohen Niveau zu halten.

Mit ihnen gemeinsam soll die Polizei modernisiert, bürgernah und flexibel gestaltet werden. Deshalb werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der saarländischen Vollzugspolizei auch künftig – nicht zuletzt zur Wahrung ihrer Interessen - an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Anrede,

ich hoffe, durch meine Ausführungen deutlich gemacht zu haben, dass wir einerseits uns bereits mitten in dem Prozess befinden, den Wandel durch zukunftsweisende Entscheidungen zu gestalten. Wir haben insoweit die Herausforderungen angenommen.

Andererseits gibt es aber noch sehr viele Bereiche, die bearbeitet werden müssen – stets den Blick für das Ganze im Auge behaltend.

Die Zukunft bietet unendlich viele Möglichkeiten. Möglichkeiten, die wir selbst gestalten können. Nur dürfen wir es nicht versäumen, rechtzeitig die Weichen zu stellen.

Wir müssen den demografischen Wandel als Chance zur politischen Gestaltung nutzen. Wir sind ihm nicht ausgeliefert - im Gegenteil: Wir können ihn kreativ gestalten.

Und schließlich: Es gibt schon eine ganze Menge, worauf wir aufbauen können. Wir fangen also nicht bei Null an.

Ich lade den Landesverband der Gewerkschaft der Polizei herzlich ein, an der Gestaltungsaufgabe mitzuwirken und ich bin mir sicher, dass er das auch tun will und wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!